



Bezirksamt lädt für

**Dienstag, 15.10.2013 um 18 Uhr in die Carl-Schumann-Sporthalle
zur Fortsetzung des Bürgerdialogs vom 19. April 2012 ein**

Die Bürgerforderungen vom 19. April 2012:

- Die Natur in Lichterfelde Süd schützen und für die Bürger zur Naherholung öffnen,
- Die Großstadtwildnis erhalten und das Beweidungsprojekt mit Pferden fortführen,
- die Gewerbebetriebe mit ca. 200 Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Lichterfelde Süd erhalten,
- vorzugsweise genossenschaftlichen Wohnungsbau in Randlagen, keine zweite Großsiedlung.

Was ist aus diesen Bürgerforderungen geworden?

- Das Bezirksamt beabsichtigt gemeinsam mit dem Grundstückseigentümer, dem nicht unumstrittenen und eher für höherpreisiges Bauen bekannten Immobilienentwickler Klaus Groth eine massive Bebauung mit bis zu 2.700 Wohnungen zu realisieren, ohne die Verträglichkeit eines solchen Großvorhabens mit dem Wohnumfeld und der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur zu prüfen. Schützenswerte Natur würde dadurch großflächig vernichtet.
- Das für das Bebauungsplanverfahren allein zuständige Bezirksamt verweigert den Betrieben und ihren Mitarbeitern eine Auskunft, ob sie in Lichterfelde Süd eine Zukunft haben.
- Das in der Fachwelt überregional hochgelobte und mit der Bezirksmedaille ausgezeichnete Beweidungskonzept soll auf eine Insel reduziert werden und verliert dann jede Bedeutung als Instrument der Landschaftspflege.
- Das Bezirksamt verweigert seit drei Jahren widerrechtlich eine dem Naturschutzrecht entsprechende Regelung zur Öffnung der Parks Range für die Naherholung der BürgerInnen.
- Für die verbleibende Restnatur sucht der Eigentümer derzeit nach Möglichkeiten zu ihrer wirtschaftlich tragfähigen Verwertung. Es bleibt offen, ob ein so entstehender Landschaftspark in Lichterfelde Süd für alle Anwohner geöffnet sein wird.

Diese Politik des Bezirksamtes nutzt vor allen dem Grundstückseigentümer, dessen Immobilie als Bauland um 70 bis 100 Millionen Euro an Wert zunimmt, die Bürgerinnen und Bürger aber mit ihren unwidersprochenen Forderungen auf der Strecke bleiben. Und dies, obwohl der Bürgermeister veröffentlichen ließ, dass es „keine zweite Hochhaussiedlung“ geben soll, obwohl die CDU-Fraktion höchstens 1.600 Wohnungen für verträglich hielt, obwohl die SPD nur eine Randbebauung forderte, obwohl selbst die Groth-Gruppe als Untergrenze 1.500 Wohnungen veröffentlichen ließ.

Deshalb fordern wir:

- **noch in diesem Jahr eine Entscheidung des Bezirksamtes über das Recht zum Betreten der Parks Range entsprechend §§ 41, 42 Berliner Naturschutzgesetz.**
- **Parallel zum Bebauungsplanverfahren ein Landschaftsplanverfahren, weil nur so die Natur vor kommerziellen Zumutungen geschützt werden kann,**
- **eine verbindliche Zusage des Bezirksamtes, dass das de facto bestehende Gewerbegebiet in Form einer Gewerbeinsel am Landweg fortgeführt wird,**
- **ein unabhängiges stadtsoziologisches Gutachten zur Verträglichkeit von Art und Ausmaß einer beabsichtigten Bebauung,**

Bürgerinnen und Bürger, nur Ihr Engagement kann diese Ziele realisieren!